

5. Populismus als politisches Phänomen *par excellence*

„Wenn man den privilegierten Stand wegnähme, wäre die Nation nicht etwas weniger, sondern etwas mehr. Also, was ist der dritte Stand? Alles, aber ein gefesselt und unterdrücktes Alles. Was wäre er ohne den privilegierten Stand? Alles, aber ein freies und blühendes Alles. Nichts kann ohne ihn gehen; alles ginge unendlich besser ohne die anderen.“

SIEYÈS 2010: 114

Die Hegemonietheorie sensibilisiert für den politischen Charakter des Sozialen. Sie fokussiert die Kontingenz, Macht und Konfliktualität, die jeder sozialen Konfiguration inhärent ist. Im Hinblick auf die Erforschung kollektiver Identitäten stellt sie aus, dass die Vorstellung kohäsiver Organizität das „stigmatisierende Konstrukt einer kollektiven Alterität“¹ voraussetzt. Indes beschränkt sich die Hegemonietheorie nicht auf Identitätspolitik im engeren Sinn. Sie erlaubt es vielmehr, jede Form von Subjektivität und Gesellschaft als antagonistisch geschöpfte, reversible und anfechtbare Struktur zu rekonstruieren. Politik ist daher nicht das mehr oder weniger verzerrte oberflächliche Abbild tieferliegender sozialer Verhältnisse oder Prozesse, sondern das Ensemble der artikulatorischen Praktiken, die diese Verhältnisse und Prozesse instituieren. Doch welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Perspektivierung von Politik und Gesellschaft für eine Theorie des Populismus? Welchen Blickwinkel eröffnet das Primat des Politischen auf populistische Phänomene?

1 Horatschek 2005: 71.

Wenn Gesellschaften und soziale Identitäten erst durch hegemoniale Repräsentationsleistungen instituiert werden, ist der erkenntnistheoretische Dualismus zwischen Realismus und Idealismus, zwischen gesellschaftlicher Objektivität und politischer Ideologie, den sozialstrukturell definierbaren Identitätsgruppen auf der einen und der politisch-ideologischen Artikulation des ‚Volkes‘ auf der anderen Seite, hinfällig. Die erste Konsequenz der hegemonietheoretischen Perspektivierung des Populismus ist damit eine Negation konventioneller Populismuskonzepte. Sie entzieht den ideologiekritischen und normativistischen Konzeptionen des Phänomens den *Grund*, indem sie deren scheinbar objektivistische Urteilsmaßstäbe dekonstruiert. Wenn soziale Objektivität durch ideologische Schließungen konstituiert wird, dann kann der Populismus weder als *politisch-ideologisches Zerrbild* einer gegebenen (pluralistischen) Gesellschaftsstruktur noch als *oberflächlicher Ausdruck* zugrundeliegender gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse gelesen werden, die sich etwa durch die empirisch messbare überproportionalen Repräsentation von bildungsfernen Modernisierungsverlierern und Wohlfahrtschauvinisten innerhalb der Wählerschaft populistischer Parteien belegen ließen. Der präsupponierte Widerspruch zwischen der objektiven Sozialstruktur der pluralistischen Gesellschaft und der rhetorisch-ideologischen Repräsentation dieser Gesellschaft als binär gespaltenem Raum im Populismus löst sich in dem Moment auf, in dem wir das ontologische Primat der politischen Praxis gegenüber den sozialen Akteuren und der sozialen Struktur akzeptieren. Denn auch die vermeintlich objektive Selbstbeschreibung der pluralistischen Gesellschaft als Mosaik aus vielfältigen (multikulturellen) Gruppen ist als hegemoniale Konstruktion zu begreifen.

5.1 DIE BINÄRE SPALTUNG DES SOZIALEN UND DIE HEGEMONIALE KONSTRUKTION DES ‚VOLKES‘

Das postfundamentalistische Postulat der politischen Verfasstheit sozialer Ordnung unterläuft die herkömmliche normativistisch-ideologiekritische Konzeption des Populismus und schafft Raum für eine deskriptive Konzeption, die das Phänomen nicht in Begriffen von Verzerrung, Anomie und Devianz, sondern streng *formal* in Begriffen von Transformation, Desorganisation und Restrukturierung

denkt und den vereinfachenden Gegensatz von ‚Volk‘ und ‚Establishment‘ als mögliche politische Operation anerkennt.²

Für Laclau zeugt die populistische Anrufung eines ‚Volkes‘ daher nicht von einer inhaltlich definierten Verfallsform von Politik. Sie instituiert vielmehr eine „reale Verbindung zwischen sozialen Akteuren“³. Populismus ist nicht mehr und nicht weniger als „eine Möglichkeit die Einheit einer Gruppe herzustellen“⁴. Es handelt sich um einen sozialstrukturell unbestimmten Modus der Instituierung des Sozialen, der Versatzstücke unterschiedlicher ideologischer Provenienz miteinander kombiniert.⁵ Das Spezifische des populistischen Modus besteht darin, dass er auf eine binäre Spaltung des Sozialen hinwirkt. Populistische Projekte propagieren ein manichäisches Teilungsprinzip, das anderweitige Gruppendifferenzierung überprägt und im Rahmen des Gegengensatzes von ‚Volk‘ und ‚Establishment‘ transzendiert. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine grundlegende antagonistische Differenz zu instituieren versuchen, welche die etablierten Antagonismen der „politischen Richtungstraditionen“⁶ in schlichte Differenzen ein und desselben Bedrohungskomplexes verwandelt. Dabei ist die Vagheit der beiden antagonistischen Pole, wie sie sich in dem Gegensatzpaar ‚einfache Leute‘ vs. ‚politische Klasse‘ offenbart, nicht Ausdruck eines unaufrichtigen Opportunismus auf Seiten des populistischen Politikunternehmers, sondern die notwendige Bedingung der binären Spaltung der Gesellschaft, die alle sozialen Felder und Gruppenidentitäten zu erfassen versucht. Das Wesen des Populismus liegt demnach in einer dichotomisierenden Rhetorik begründet, die nicht etwa sozialstrukturell vorperforierte Konfliktlinie zwischen vorgängigen, verfeindeten Gruppen nachzeichnet, sondern diese Differenzen absorbiert und regroupiert. Der Populismus resultiert nicht aus den Identitäten der Konfliktparteien, sondern stellt diese erst her.

Folglich muss die „kleinste Analyseeinheit“⁷ unterhalb der Ebene sozialer Gruppen gewählt werden. So geht Laclau in *On Populist Reason* anstelle von

2 Zum Formalismus des Laclau’schen Populismusbegriffs vgl. auch Stavrakakis 2004: insb. 262ff.

3 Vgl. Laclau 2005a: 73.

4 Ebd.

5 Es macht aus Laclaus Sicht insofern auch gar keinen Sinn, den Populismus *a priori* gegen den Liberalismus zu konturieren, da liberale Forderungen wie Menschenrechte, Presse- und Meinungsfreiheit auch als Elemente eines populistischen Projekts artikuliert werden können.

6 Dubiel 1986: 47.

7 Laclau 2005a: 70.

Elementen oder Differenzen von Forderungen (*demands*) respektive von demokratischen Forderungen (*democratic demands*) aus.⁸ Die Formulierung ist erläuterungsbedürftig: Gemeint ist nicht, es gäbe Forderungen, die notwendig oder wahrscheinlich innerhalb eines demokratischen Regimes artikuliert werden, da sie nur dort ihre wahre Bedeutung verwirklichen könnten.⁹ Wie Elemente sind Forderungen keineswegs selbstidentisch und in sich geschlossen, sondern überdeterminiert.¹⁰ Das Attribut ‚demokratisch‘ bedeutet daher lediglich, dass diese Forderungen ein demokratisch-egalitäres Imaginäres voraussetzen, um überhaupt gegen ein Herrschaftsverhältnis in Stellung gebracht werden zu können.

Demokratische Forderungen können aus konkreten Missständen, Abstiegsängsten, enttäuschten Erwartungen oder subjektiven Ungerechtigkeitserfahrungen resultieren. Man denke etwa an eine dysfunktionale öffentliche Infrastruktur, Arbeitslosigkeit, mangelhafte Kriminalitätsbekämpfung, eine inadäquate Entlohnung von bestimmten Berufsgruppen, Korruption, ethnische Diskriminierung, steigende Preise oder zunehmend steuerliche Belastungen. Sie können aber auch die Verwirklichung abstrakter Prinzipien wie Gewaltenteilung, Pressefreiheit, Volkssouveränität und Gleichberechtigung oder die Restauration eines sozialen Imaginären zum Ziel haben, das sich mit sedimentierten leeren Signifikanten wie Sicherheit, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie oder Heimat bezeichnet. Demokratische Forderungen müssen also nicht zwangsläufig zukunftsorientiert sein; sie können auch auf eine ‚gute alte Zeit‘ rekurrieren. Entscheidend ist lediglich, dass sie gegen einen als defizitär erlebten Status quo gerichtet sind.

Zu Beginn unterscheidet sich die Populismustheorie Laclaus nicht von den Ansätzen des Mainstreams: Der „populistische Moment“¹¹ entspringt einer „desorganisierten Unzufriedenheit“¹². Er resultiert aus einer Krise eines etablierten Repräsentationsregimes. Es existieren vielfältige Missstände und diese Miss-

8 Vgl. ebd.: 72ff. bzw. 125ff.; Laclau 2005b: 34ff.

9 Diese teleologische Präsupposition implizierte eine deterministisch-essentialistische Annahme, die mit der postfundamentalistischen Position Laclaus unvereinbar wäre. Für Laclau können demokratische Forderungen sowohl in einem faschistischen als auch in einem liberaldemokratischen Diskurs artikuliert werden. Welcher Diskurs sich durchsetzt und den allgemeinen Mangel bezeichnet, kann nur politisch entschieden werden.

10 Dagegen warnt Johannes Angermüller (2007b), der Forderungsbegriff würde in einen Essentialismus der kleinsten Analyseeinheit umschlagen und somit hinter die eigene differenztheoretische Epistemologie zurückfallen.

11 Goodwyn 1978.

12 Hall 1986: 91.

stände werden weder unmittelbar behoben, noch als solitäre Differenzen („Herausforderungen“ oder „zu lösende Probleme“) systemisch absorbiert. Die etablierte Ordnung ist nicht in der Lage, die vakanten Forderungen differenzlogisch zu artikulieren, sodass sie „aus den etablierten Diskursen und Legitimationsmustern gleichsam herausfallen und den Status vagabundierender Potentiale gewinnen“¹³. Infolgedessen teilen diese frei flottierenden Elemente „jenseits ihrer positiven differentiellen Natur“¹⁴ die negative Eigenschaft, dass es sich um Elemente eines als illegitim empfundenen Mangels handelt. Dies ist die Grundvoraussetzung für das populistische Dissens-Szenario. Denn nur wenn die heterogenen Defizite des Status quo als Folge eines *Unterdrückungsverhältnisses* konstruiert werden können und nicht etwa als Ausdruck eines metaphysisch oder funktional begründeten *Unterordnungsverhältnisses*, können sie überhaupt gemeinsam artikuliert werden, ihre partielle Bedeutung transzendieren und sich in Momente eines popularen Kollektivs verwandeln.¹⁵

Um diese Metamorphose zu initiieren, vollziehen populistische Diskurse drei miteinander verknüpfte Operationen: Die disparaten Elemente werden gegen ein *antagonistisches Außen* in Stellung gebracht, auf diese Weise zu einer *Äquivalenzkette* verknüpft und schließlich unter dem Dach eines *leeren Signifikanten* subsumiert, der das Begehren der Subjekte kanalisiert.¹⁶ Webers *Gemeinsamkeitsglaube*, der als konstitutives Merkmal politischer Kollektividentitäten bestimmt wurde, gründet nicht auf einer positiven geteilten Eigenschaft. Vielmehr wird er im Verhältnis zu einem antagonistischen „Gegenpol“ erzeugt, „der selbst aus Äquivalenzen des Widerständigen konstruiert werden muss“.¹⁷ So werden vielfältige Elemente („Oligarchen“, „Washington Insiders“, „gierige Banker“, die „Sozialindustrie“, Professoren, die Kulturschaffenden, privilegierte und marginalisierte ethnische Minderheiten) zu einem parasitären Bedrohungskomplex verschmolzen, der für die Defizite des Status quo haftet und die Entfaltung der Prosperität des „Volkes“ hemmt. Den „primär Schuldigen“ werden „sekundär Schuldige“ an die Seite gestellt, indem das absolute Übel mit protegierten und protegierenden Elementen assoziiert wird.¹⁸ Dabei changiert die Identität dieses

13 Dubiel 1986: 47.

14 Vgl. Laclau 2005b: 37.

15 Zur Unterscheidung von Unterordnungs- und Unterdrückungsverhältnis vgl. Laclau/Mouffe 2006 [1985]: 194.

16 Laclau 2005a: 77.

17 Nonhoff 2010: 314.

18 Pelinka 2012: 17.

‚Volkes‘ je nach dem welcher Aspekt des Bedrohungskomplexes in den Vordergrund gerückt wird.

In jedem Fall aber erwirkt der Antagonismus einen *popularen Bruch*. Eine ehemals differenzlogisch komponierte Ordnung zerfällt in zwei Äquivalenzketten, deren Elemente ihre differentielle Bedeutung abstreifen und als Teilaspekte ein- und desselben Unterdrückungsverhältnisses absorbiert werden. Die Anti-Establishment-Rhetorik des Populismus ist folglich nicht bloßes Mittel, um aus den Ressentiments eines bestimmten Milieus politisches Kapital zu schlagen. Sie ist vielmehr konstitutiv für die Konstruktion eines ‚Volkes‘, da sie erst die *gemeinsame Negativität* begründet, auf der die populare Identität beruht. Ein populistisches Projekt versucht also,

„den gesamten diskursiven Raum entzweizuteilen, um letztlich auf der einen Seite der antagonistischen Grenze [...] alle Elemente des Mangels, der Lethargie und des Widerstands miteinander zu artikulieren und auf der anderen Seite [...] alle Forderungen, die nach der Überwindung dieser negativen Kräfte streben.“¹⁹

Aus Laclaus Sicht reicht die äquivalenzlogisch erwirkte Substitutionslogik jedoch nicht über ein „vages Gefühl von Solidarität“²⁰ hinaus. Damit aus diesem Gefühl ein ‚Volk‘ im Sinne eines politisch handlungsfähigen Kollektivsubjekts entsteht, müssen die beiden antagonistischen Pole bezeichnet werden: „[D]as Äquivalenzverhältnis muss in einer bestimmten diskursiven Identität kristallisieren, die die [...] Forderungen nicht mehr nur als äquivalent, sondern die äquivalentielle Verbindung als solche repräsentiert.“²¹ Diese Aufgabe übernimmt ein leerer Signifikant. Er erwirkt eine imaginäre Schließung, indem er der Äquivalenzkette einen Namen gibt. Dadurch transformiert sich die negativ konstituierte Äquivalenz in das vermeintlich positive Fundament der antagonistischen Kämpfe. „Eine populare Identität fungiert als ein tendenziell leerer Signifikant“²² und je erfolgreicher diese Identität ist, je mehr vagabundierende Forderungen und flottierende Elemente der Äquivalenzkette einverleibt werden, desto stärker müssen sich die Slogans, Bilder und Führungsfiguren, die diese Identität symbolisieren, entleeren.²³

19 Nonhoff 2010: 314.

20 Laclau 2005a: 93.

21 Ebd.

22 Ebd.: 96.

23 An dieser Stelle sei daran erinnert, dass leere Signifikanten nicht mit abstrakten Begriffen zu verwechseln sind. Leere Signifikanten lassen sich nicht logisch begründen,

Typischerweise bekleidet ein Führer die repräsentative Funktion des leeren Signifikanten. Sein *Name* steht für das Versprechen, die Negativität aufzuheben, die der antagonistisch verhinderten Identität des Volkes anhaftet.²⁴ Daher projizieren sich die libidinösen Energien der Subjekte auch auf den Führer und das Machtkartell, das seine Machtergreifung verhindert oder die volle Verwirklichung seiner Ziele sabotiert. Das Charisma des Führers, auf dem seine herausgehobene Stellung als *Versorger*, *Gesetzgeber* und *Held* des Volkes gründet, entspringt nicht etwa seiner *virtù* im Sinne seines politischen Talents zur Massenmobilisierung.²⁵ Sein Charisma resultiert vielmehr aus einem Prozess der semantischen Entleerung. Denn nur wenn der Führer nichts Konkretes signifiziert, kann er *alles* bedeuten und ein interaktives Repräsentationsverhältnis begründen, in dem sein Name oder sein Bild vielfältige (subjektiv) marginalisierte Gruppen zu einem Kollektiv zusammenschließt. Populistische Führer fungieren als *objets a*, als symbolisch generierte und tendenziell universelle Bezugspunkte, auf die die Frustrierten ihre Wünsche und Erwartungen projizieren, weil sie sich davon eine Kompensation ihres irreduziblen Mangels versprechen.²⁶ Die Affekte, die der charismatische Führer (und seine Gegenspieler) evozieren, sind folglich kein emotionales *Surplus*, das sich zum Diskursgeschehen hinzugesellt. Sie sind nicht als Manifestationen irrationaler Subjekte oder als Ausdruck des autoritären Charakters eines unaufgeklärten Bevölkerungsteils zu lesen. Für Laclau ist die affektive Komponente diskursiv erzeugt.²⁷ Sie rührt daher, dass bestimmte Symbole, Bilder oder Personen auf eine Art besprochen und in Szene gesetzt werden, dass sie die abwesende Universalität symbolisieren, die das ‚Volk‘ identifiziert. Dem-

sondern nur performativ erzeugen. Dass unter einem Slogan wie ‚Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit‘ all die Forderungen, die gegen das *Ancien Régime* vorgebracht wurden, zu einem historischen Akteur verschmolzen wurden, liegt keineswegs in der Natur der Begriffe, sondern resultiert aus der hegemonialen Operation ihrer semantischen Entleerung, durch die sie zum Repräsentanten einer abwesenden Fülle und zu einer nachhaltig wirksamen, affektiv besetzten Ressource des sozialen Imaginären liberaldemokratischer Gesellschaften avanciert sind.

24 Das Theorem des *naming* (ebd.: 101ff.) lässt sich Synonym zum Theorem leerer Signifikanten lesen.

25 Vgl. hierzu auch Ron van Doorens (1994) interaktive Theorie politischen Charismas, die das Charisma politischer Führer im Rückgriff auf die psychoanalytisch begründeten Charisma-Theorien von Orrin E. Klapp (1964), Daniel Katz (1973) und Eric Hoffer (1966) als Effekt dieser dreifachen Repräsentationsfunktion erklärt.

26 Vgl. Hoffer 1966: 105.

27 Vgl. Laclau 2004: insb. 326.

zufolge ist der für viele populistische Bewegungen kennzeichnende Bonapartismus – die zentrale Stellung eines Führers, auf den sich die Hoffnungen seiner Anhänger projizieren – Effekt einer semantischen Entleerung, durch die eine Figur vielfältige, subalterne Forderungen eine Stimme verleiht.

5.2 POPULISMUS ALS KÖNIGSWEG DES POLITISCHEN – UND DER DEMOKRATIE?

„Populism is the royal road to understanding something about the ontological constitution of the political as such.“

LACLAU 2005A: 67

Populistische Diskurse lassen sich nicht nur hegemonietheoretisch beschreiben; sie sind nicht nur ein Extrembeispiel für äquivalenzlogisch dominierte Diskurse. Für Laclau ist der Populismus eine theoriegetreue Umsetzung seiner Konzeption von Politik. In seiner marginalen Stellung im Diskurs der Mainstream-Politologie manifestiert sich deren Unfähigkeit, die politische Verfasstheit von Gesellschaft in den Blick zu nehmen.²⁸

Populistische Diskurse zeigen, dass ein vollkommen differenzlogisch komponierter Diskurs, der jeder Differenz den für sie vorgesehenen Platz einräumt und die Konfliktualität des Sozialen in Form einer post-politischen Gesellschaft transzendiert, unrealisierbar ist. Auch differenzlogisch dominierte Diskurse sind, wie am Beispiel des Dritten Weges deutlich wurde, nicht frei von der Dimension des Antagonismus. Ihr Postulat einer inklusiven Mitte, die jede Alterität absorbieren würde, erodiert lediglich den ehemals zentralen Links-Rechts-Antagonismus, ist jedoch nicht in der Lage, den Antagonismus als solchen zu überwinden. Der von Giddens & Co apostrophierte *Staat ohne Feinde*²⁹ gründet nämlich auf dem Ausschluss nicht-konsensfähiger Kräfte. Der politische Gehalt dieser Exklusion wird lediglich mit dem Vokabular von Einsicht und Vernunft invisibilisiert, sodass die Kritik an diesem politischen Projekt als ‚unaufgeklärt‘,

28 Vgl. ebd.: 18.

29 Giddens 1998: 77.

‚gestrig‘ und infolgedessen als illegitim peripherisiert werden kann.³⁰ Aus Sicht von Laclau und insbesondere von Mouffe indiziert der Aufstieg gegenhegemonialer populistischer Projekte nun, dass diese technokratischen Versuche, das Politische zu sublimieren und die Form der Gesellschaft rational zu begründen, allenfalls kurzzeitig Erfolg haben können. Wenn politischen Konflikten die Legitimität aberkannt wird und politische Arenen keinen Raum für Antagonismen bereithalten, so brechen diese von den Rändern in die post-politische Vision der versöhnten Gesellschaft ein.³¹ Die ‚rationale Alternativlosigkeit‘ der etablierten Parteien wird mit einer ‚irrationalen Alternative‘ des populistischen Herausforderers konfrontiert, der die verworfenen Elemente als legitime Momente des eigentlichen demokratischen Souveräns rezertifiziert und gegen den Konsens der Mitte in Stellung bringt.³²

Der Populismus indiziert aber nicht nur die Grenzen von Post-Politik und Postdemokratie sowie von Sachzwang und Alternativlosigkeit. Insofern sich populistische Diskurse nicht homolog zu sedimentierten Gruppendifferenzierungen verhalten, zeigen sie in exemplarischer Weise, dass politische Konfliktkonstellationen nicht zwangsläufig vorgezeichneten *Cleavages* folgen und Ideologie und Rhetorik nicht auf bloße Oberflächenphänomene vorgängiger Gruppen mit konkurrierenden Einstellungen zu reduzieren sind, sondern sozialtransformativ wirken. Populistische Projekte desartikulieren eine etablierte symbolische Ordnung und reartikulieren deren Elemente im Rahmen des Gegensatzes von ‚Volk‘ und ‚Establishment‘. Das ‚Volk‘ ist insofern der Effekt einer Repräsentationsleistung der Gesellschaft: Differente Missstände, die andere Diskurse als singulär, heterogen, privat oder naturgegeben besprechen, werden auf die Präsenz ein und derselben, moralisch korrumpierten Minderheit zurückgeführt, die für die antagonistische (Selbst-)Blockade der popularen Prosperität diskriminiert wird.

30 Vgl. Kapitel 2.3.2 des Theorieteils, sowie für eine allgemeine Kritik der Rationalisierung der Demokratie und der Demokratietheorie vgl. Buchstein/Jörke 2003; mit Fokus auf den Dritten Weg vgl. Mouffe 2005, 2007a, 2011 u. Hildebrand/Lluis Martell 2012.

31 Vgl. Mouffe 2005, 2007a u. 2011; Decker 2012, der sich Mouffes Deutung in diesem Punkt anschließt, aber für einen ‚realistischere‘ Einschätzung der Gestaltungsmöglichkeiten von Politik eintritt.

32 Damit korrespondiert die Tatsache, dass Konkordanzdemokratien besonders gute Bedingungen für die Entstehung populistischer Parteien bieten (vgl. Taggart 1996: 113ff.). Und in der Tat lässt sich gerade in neokorporatistischen Konkordanzdemokratien wie etwa in Österreich (vgl. siehe Mouffe 2005 u. 2007a: 85ff.), den Niederlanden und eben in der Schweiz exemplarisch beobachten, wie die normalisierende Wirkung von Konsens, Kompromiss und Pragmatismus erfolgreich herausgefordert wird.

In diesem Modus der Identitätskonstruktion entfaltet sich Laclaus *Totalisierungs- und Universalisierungstheorem*.³³ Wie wir gesehen haben, konstituiert sich die populäre Äquivalenzkette, indem sie ein antagonistisches Außen konstruiert. Sie kristallisiert zu einer belastbaren Kollektividentität, indem eines der äquivalentiell artikulierten Elemente seine partikuläre Bedeutung ablegt und sich in einen tendenziell leeren Signifikanten verwandelt, der die Implosion der Kette verhindert, indem er ihr einen Namen gibt und sie symbolisch vereint. Die populäre Einheit entsteht also in einem antagonistisch verfassten Repräsentationsverhältnis, in dem der Repräsentant das Repräsentierte retroaktiv konstituiert.³⁴ Indes ist dieses Repräsentationsverhältnis zwischen den äquivalentiell artikulierten Elementen und dem leeren Signifikanten keineswegs einseitig, sondern interaktiv: Denn je vielfältiger die äquivalentiell artikulierten Forderungen, je stärker die Universalitätsbehauptung, je mehr Elemente dem populären Lager einverleibt werden und je mehr die *plebs* sich dem *populus* annähert, desto leerer muss der Signifikant werden, der diese expandierende Totalität bezeichnet. Und je ambitionierter die Universalitätsbehauptung, je länger die Äquivalenzkette und je leerer ihr Repräsentant, desto wahrscheinlicher ist, dass die Äquivalenzkette an einer Stelle abreißt, dass etwa Parteiflügel oder gar neue Parteien entstehen, die den leeren Signifikanten neu zu befüllen versuchen oder sich unter einem neuen, innovativen leeren Signifikanten zusammenfinden. Folglich werden populistische Diskurse bei Laclau als hochdynamisch gedacht.

Laclau behauptet natürlich nicht, dass jeder Populismus demokratisch sei. Aber populistische Politik steht keineswegs in einem *per se* antithetischen Verhältnis zur modernen Demokratie. Populismus und Pluralismus sind nämlich keineswegs inkompatibel. Ein populistischer Diskurs zielt darauf, vielfältige demokratische Kämpfe zu einem einzigen populären Kampf zusammenzuschließen. Hierzu versucht er, möglichst alle Differenzen entweder ‚dem Volk‘ oder ‚der Herrscherkaste‘ zuzuordnen. Der Populismus erwirkt somit eine Überdeterminierung der vielfältigen Forderungen einer pluralistischen Gesellschaft, ohne die eine gegen den Status quo gerichtete Politik, die sich nicht in *single-issues* erschöpft, sondern eine gesellschaftliche Alternative zu begründen versucht, die auf eine sektorielle Ausweitung und inhaltliche Vertiefung von Gleichheitseffekten abzielt, überhaupt nicht gedacht werden kann.

Wenn politische Konfliktkonstellationen nicht perforierten Linien zwischen vordiskursiv verfassten Kollektiven mit konfligierenden Interessen folgen, sondern diskursiv verfasst sind, dann ist die Konstruktion einer binär antagonistisch

33 Vgl. Laclau 2005a: 224ff. u. 2000; auch Sigglow 2009: 53, FN 242.

34 Laclau 2005a: 108 u. 2007b: 33.

geschöpften Matrix, die vielfältige Forderungen gegen den Status quo artikuliert, der einzige Weg, um ein gegenhegemoniales Projekt mehrheitsfähig zu machen. Und wenn Macht, Wissen und Recht, die einst im Körper des absolutistischen Erbmonarchen symbolisch zusammenflossen, seit den demokratischen Revolution des 18. Jahrhunderts voneinander geschieden sind und die legitime Form der Gesellschaft nur auf der leeren Identität des Volkes begründet werden kann, so ist der (notwendig scheiternde) Versuch, diesen *leeren Ort der Macht* zu besetzen und die Identität des Volkes zu fixieren, weit davon entfernt, eine deviante Form von Politik zu sein.³⁵ Vielmehr setzen sich die Demokratie und der Populismus wechselseitig voraus: ohne Demokratie kein Populismus und ohne Populismus keine Demokratie. Unter den Bedingungen eines demokratischen sozialen Imaginären ist jedes gegenhegemoniale Projekt notwendig populistisch. Es stellt sich nur die Frage, welchen Grad dieser Populismus erreicht – und dies lässt sich nicht anhand ideologischer Inhalte, sondern nur diskurstheoretisch, anhand der relativen Dominanz der Äquivalenz- gegenüber der Differenzlogik eruieren.³⁶

Eine Typologie populistischer Diskurse im Sinne Laclaus zielt daher nicht auf eine Differenzierung unterschiedlicher ideologischer Ausprägungen des Populismus. Anstatt populistische Projekte anhand externer Maßstäbe zu kategorisieren und den Grad der Abweichung von einer liberaldemokratischen Normalität zu bestimmen, schlägt Laclau vor, jene „internen Regeln“ zu erfassen, die bestimmte „Trends“ auslösen.³⁷ Es gilt, in anderen Worten, die diskursiv perpetuierten Entwicklungslogiken zu erfassen, welche die jeweiligen Konjunkturen populistischer Projekte bedingen. So ließe sich etwa ein expandierender, relativ offener und dynamischer Populismus von einem saturierten, relativ geschlossenen und statischen Populismus unterscheiden.

35 Vgl. Laclau 2005a: 164f. Laclau schließt hier an Claude Leforts Analyse der symbolischen Transformation von Legitimität an, die mit dem Übergang von der absolutistischen zur demokratischen Gesellschaft verbunden ist. Die gottgegebene Einheit von Macht, Recht und Wissen, die im Körper des Königs zum Ausdruck kam, wird durch dessen Guillotinierung symbolisch zerschlagen und weicht einer neuen Gesellschaftsform, deren Charakteristikum darin besteht, dass sie sich „dadurch instituiert und erhält, dass sie die Grundlagen aller Gewissheit auflöst“ (Lefort 1990: 296).

36 Vgl. Laclau 2005b: 45 u. 46.

37 Laclau 2005a: 175.

